

Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die Stasi versuchte dies zu verhindern.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen.

In einem Schreiben an die Leiter der Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht forderte Mielke-Stellvertreter Rudi Mittig den verstärkten Einsatz aller verfügbaren Kräfte. So wollte er verhindern dass die Gruppe weitere Aktivitäten unternahm, insbesondere im Hinblick auf den 17. Januar.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl. 1-4

Metadaten

Datum: 13.1.1988

Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

103440 8188

Ministerium für Staatssicherheit Berlin, 13. Januar 1988
Stellvertreter des Ministers

Vertrauliche Verschlußsache
VVS-e008
MfS-Nr. 3/88
78 .Ausf. Bl. 1 bis 2

Diensteinheiten
Leiter

BStU
000001

In jüngster Zeit verstärken aus der politischen Untergrundtätigkeit bekannte feindliche Kräfte in der DDR sichtbar ihre Anstrengungen, um weitere feindlich-negative Personenkreise, insbesondere Übersiedlungersuchende, zu formieren und zu antisozialistischen Handlungen zu aktivieren. Durch offen provokatorische Aktivitäten sollen verstärkter Druck auf Partei- und Staatsorgane ausgeübt und die staatlichen Organe der DDR zu Reaktionen und Entscheidungen veranlaßt werden, die im Zusammenwirken mit gegnerischen Kräften in der BRD und in Westberlin zur internationalen Diskreditierung der DDR genutzt werden sollen.

Am 10. Dezember 1987 wurde in der Hauptstadt der DDR, Berlin, unter Mißbrauch von Räumlichkeiten der evangelischen Kirche durch feindlich-negative Kräfte eine sogenannte Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" gegründet, die in einer von 45 Personen - Überwiegend Übersiedlungersuchenden - unterzeichneten und an führende Persönlichkeiten der DDR übersandten "Erklärung" solche Forderungen stellt, wie

- gesetzlicher Anspruch auf freie Aus- und Einreise für alle und gerichtliche Einklagbarkeit dieses Rechts,
- öffentliche Diskussion zur Ausreiseproblematik,

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl. 1-4

Blatt 1

Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

033807

BStU	2
000002	

- extensive Auslegung des Familienbegriffs,

- Aufhebung solcher Strafrechtsnormen wie der §§ 99, 100, 106, 218 - 220 StGB,

- offener Dialog mit Andersdenkenden.

Weiterhin trat die Gruppierung bereits mit provokatorischen Briefen an staatliche Organe und Leiter von Institutionen sowie mit Unterschriftenlisten in Erscheinung. Bisher sind über 100 Mitglieder der Gruppierung identifiziert, wozu auch Personen aus den Bezirken der DDR gehören. Es handelt sich in der überwiegenden Mehrzahl um Übersiedlungsersuchende.

Nach internen Erkenntnissen beabsichtigen die Organisatoren der Gruppierung, die am 17. Januar 1988 in Berlin stattfindende Kampfdemonstration anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für ihre feindlichen Zielstellungen zu mißbrauchen. So wurden die über 150 Teilnehmer einer Zusammenkunft am 9.1.88 in der sogenannten Umweltbibliothek aufgefordert, sich als Gruppe oder in anderer Form an der Kampfdemonstration zu beteiligen und selbstgefertigte Transparente mit im negativen Sinne auslegbaren Aussprüchen von Rosa Luxemburg sowie Sichtelemente mit Hinweisen auf die Übersiedlungsproblematik mitzuführen. Des Weiteren ist geplant, bei staatlichen Organen in der Hauptstadt sowie in Bezirks- und Kreisstädten in provokatorischer Absicht durch gruppenweises Auftreten "Rechte der Staatsbürger zu erfragen" sowie bei der Staatsanwaltschaft eine Antwort auf die in der "Erklärung" gestellten Forderungen einzuklagen. Geplant ist neben weiteren Aktivitäten die Bildung analoger Gruppen in den Bezirken der DDR.

Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

BStU
3 000003 MfS o008 - 3/88

• Durch zielgerichteten Einsatz aller geeigneten politisch-operativen Kräfte, Mittel und Methoden sind die Bestrebungen der genannten feindlichen Gruppierung zur Ausweitung ihrer Verbindungen, Kontakte und Aktivitäten auf die Bezirke rechtzeitig aufzudecken.

Durch unverzüglich einzuleitende Maßnahmen ist vorbeugend zu verhindern, daß die genannten und andere feindlich-negative Kräfte die Kundgebung zur Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin oder entsprechende Gedenkveranstaltungen in den Bezirken zu provokatorischen Handlungen mißbrauchen. Personen aus Bezirken der DDR, die mit solchen Absichten die Hauptstadt der DDR aufsuchen wollen, sind mit geeigneten Mitteln daran zu hindern.

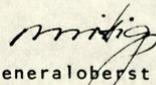
Zur Verhinderung der Bildung weiterer Gruppen sind alle Möglichkeiten des differenzierten Vorgehens, bis hin zu zielgerichteten Übersiedlungen in begründeten Fällen, anzuwenden.

Als Gruppenmitglieder identifizierte Personen sind nachhaltig zu disziplinieren und über die Einhaltung der Rechtsordnung unter Verwendung des beigefügten Musters zu belehren. Übersiedlungsersuchenden unter diesem Personenkreis ist deutlich zu machen, daß sich eine Beteiligung an derartigen Aktivitäten nachhaltig auf die Prüfung und Bearbeitung ihrer Ersuchen auswirkt.

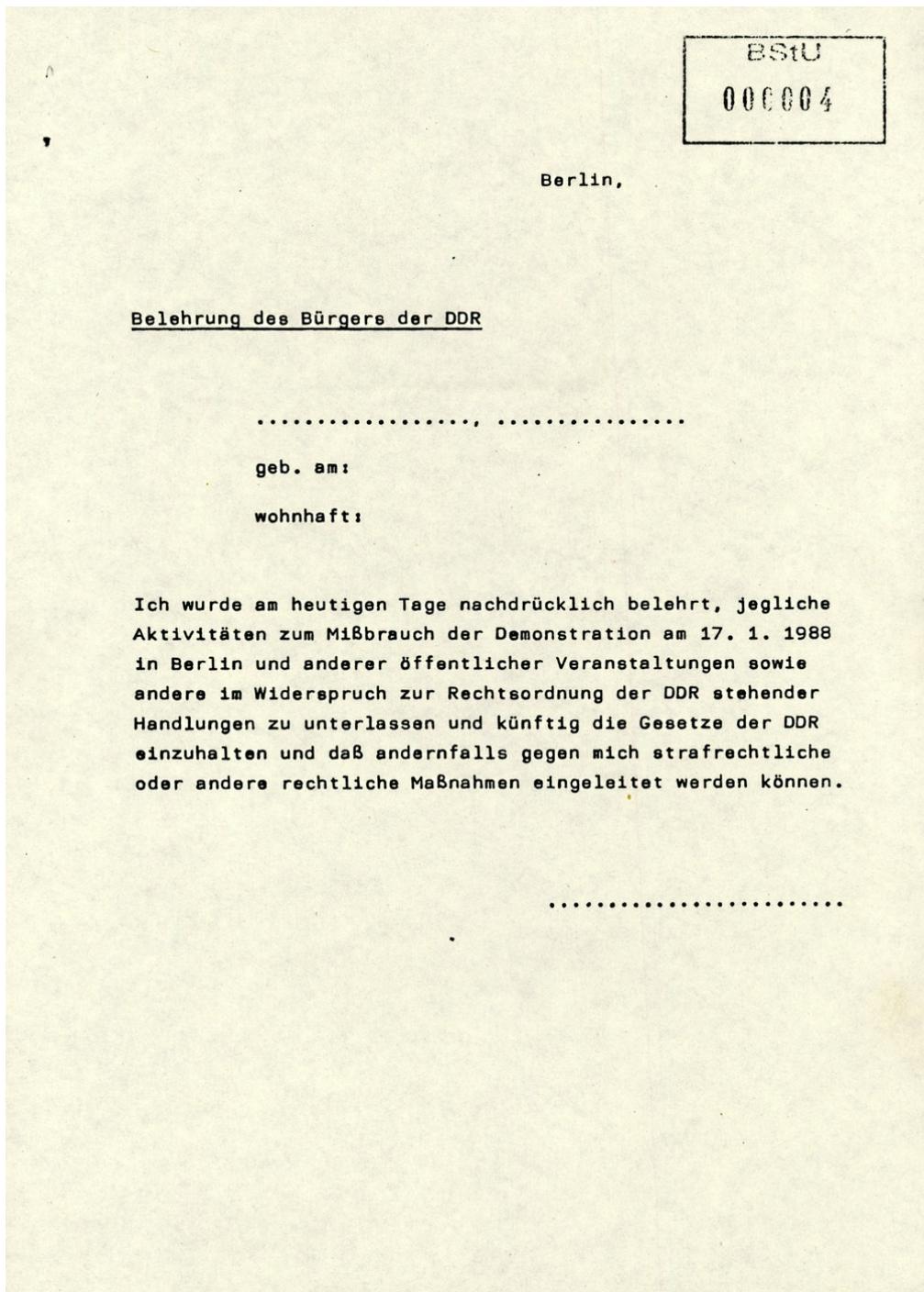
Das weitere differenzierte Vorgehen gegen diese feindlich-negativen Kräfte ist in jedem Fall mit der ZKG und der Hauptabteilung XX abzustimmen.

Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit sind rechtzeitig mit der Hauptabteilung IX abzustimmen.

Über besonders bedeutsame Probleme haben die Leiter der Diensteinheiten unabhängig davon mich persönlich zu informieren.


Generaloberst

Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl. 1-4

Blatt 4